

# Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

21. Jahrgang Nr. 9/2013

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



www.janina-pfau.de

## Janina Pfau

Die soziale Stimme für das Vogtland.

**DIE LINKE.**

### Liebe Vogtländerinnen und Vogtländer,

die derzeitige Bundespolitik spiegelt nicht die Interessen der Mehrheit wider. Besonders ländliche Gebiete, wie das Vogtland, werden immer mehr vernachlässigt: Die medizinische Versorgung wird schlechter, die Infrastruktur wird weiter abgebaut, Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger wird immer erschwert und anderes mehr.

Ein Wandel ist nötig! Mit Ihrer Stimme am 22. September für eine starke LINKE im Parlament ist er möglich! Helfen Sie weitere Einschnitte im Sozial- und Gesundheitsbereich zu verhindern und die Lebensbedingungen für die breite Mehrheit zu verbessern!

*Janina Pfau*

<b>aus dem Inhalt:</b>	Wahlprogramm zusammengefasst.....	Seite 2
	Ist die Wahlteilnahme eine Bürgerpflicht?.....	Seite 3
	Doping in Deutschland.....	Seite 4
	Hochschulstandort Reichenbach .....	Seite 6

**DIE LINKE.**

100% SOZIAL

## DAMIT SOZIALE GERECHTIGKEIT EINE CHANCE HAT

Liebe Bürgerin, lieber Bürger,

Sie wollen mitentscheiden, wohin die Reise geht? Gehen Sie unbedingt am 22. September zur Bundestagswahl! Machen Sie Druck mit der LINKEN gegen Sozialabbau und Überwachungswahn. Entscheiden Sie sich für ein friedliches Land in einem solidarischen Europa. DIE LINKE wählen heißt: Es muss Schluss damit sein, dass Menschen arm trotz Job sind. Die einen arbeiten sich kaputt. Andere finden keinen bezahlten Job und werden schikaniert. Trotz Krise explodieren Unternehmensgewinne. Es fehlt an Kita-Plätzen, sanierten Schulgebäuden, modernen Bibliotheken und anderem. Die Strompreise steigen. Durch kletternde Mietpreise werden Menschen aus Stadtvierteln verdrängt. Noch immer wird die Krise in Europa auf dem Rücken vieler Menschen ausgetragen, während die Macht privater Banken ungebrochen ist.

Mit Ungerechtigkeit braucht sich niemand abzufinden. DIE LINKE scheut sich nicht, umzusteuern und Superreiche und ihre Vermögen stärker für das Gemeinwesen heranzuziehen. Wir brauchen keine Gesellschaft, in der die Angst vor Armut und Abstieg regiert, Menschen gegeneinander aufgebracht werden. Wir wollen, dass niemand mit Kriegen Geschäfte macht. Alle sollen sich ihre Wohnung leisten können. Damit soziale Gerechtigkeit eine Chance hat, muss sich vieles in unserem Land ändern.

Dafür können Sie DIE LINKE wählen:

- DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten, wenn es um Respekt und gute Arbeit geht. Das beginnt mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde. Mit Niedriglöhnen, Leiharbeit, dem Missbrauch von Werkverträgen, mit Mini- und Midijobs wollen wir Schluss machen und diese schlechten Arbeitsverhältnisse in tariflich bezahlte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umwandeln. Fünf Millionen Menschen sind ohne Arbeit, gleichzeitig fehlt es an Personal in Krankenhäusern, in der Pflege, in Schulen, in der Kinderbetreuung und auch im Handwerk. Wir wollen ein Programm für die Zukunft auflegen. Wir brauchen öffentliche Investitionen, um die Versorgung für alle zu verbessern.
- Wir sagen: Hartz IV ist Armut per Gesetz. Deshalb wollen wir dieses System abschaffen und ein Konzept für eine Mindestsicherung vorlegen, bei der niemand unter 1.050 Euro Einkommen fällt. Kurzfristig sollen die Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro steigen. Keine Sanktionen, keine Bedarfsgemeinschaften, keine Ein-Euro-Jobs, sondern eine Mindestsicherung für jede und jeden und gute Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote.
- Wir schlagen vor, das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anzuheben. Um Altersarmut zu verhindern, wollen wir eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro einführen.

Davon profitieren viele, vor allem Frauen, die im Erwerbsleben schlechter bezahlt wurden. Löhne und Renten sind in Ostdeutschland immer noch niedriger als im Westen. Diese Ungerechtigkeit wollen wir beseitigen.

- Hohe Einkommen sollen mit 53 Prozent besteuert werden. Außerdem brauchen wir eine Millionärssteuer. Die Einnahmen werden für bessere öffentliche Angebote gebraucht: für Kitas, Schulen, sozialen Wohnungsbau. DIE LINKE ist die einzige Partei, die Steuern für niedrige und mittlere Einkommen bis 6.000 Euro im Monat spürbar senken will.
- Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung: Alle zahlen ein, alle werden gleichermaßen gut versorgt, Zuzahlungen und Zusatzbeiträge abgeschafft. Die Unternehmen beteiligen sich wieder paritätisch an der Finanzierung. So lassen sich Beiträge senken. Die private Krankenversicherung wird auf Zusatzversicherungen beschränkt.
- Nach der Finanzkrise sind die Spekulationen mit Wohnungen explodiert und die Mieten enorm gestiegen. Wir wollen die Verdrängung von Mietern stoppen und Mietpreise begrenzen. Wir brauchen mehr Wohnungen mit Sozialbindung.
- Eine Energiewende wird erst richtig nachhaltig, wenn die Versorgung mit Strom und Wasser als Grundrecht garantiert ist und Energie durch soziale Staffelung bezahlbar bleibt. Die Versorgung gehört in öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle. Stromsperren sollen verboten werden.
- Es wird Zeit, dass endlich die zahlen, die von der Krise profitiert haben. Die Banken und Finanzmärkte müssen kontrolliert und in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden. Die Finanztransaktionssteuer ist überfällig. Eine einmalige Abgabe auf Vermögen über eine Million Euro in ganz Europa ist ein Schritt aus der Schuldenkrise.
- Ohne Frieden ist alles nichts. Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden. Und Waffenexporte nur besser zu kontrollieren, das reicht nicht: Nur ein Verbot wirkt. Die Produktion von Waffen soll auf zivile Güter umgestellt werden.

Wir sorgen dafür, dass auf Worte Taten folgen und sich die anderen Parteien bewegen. Es geht um mehr Freiheit, demokratische Einmischung und soziale Sicherheit, um ein friedliches Land. Stimmen Sie für soziale Gerechtigkeit, für eine gute politische Alternative: Wählen Sie am 22. September DIE LINKE!

## IST DIE WAHLTEILNAHME EINE BÜRGERPFLICHT?

Die parlamentarische Demokratie funktioniert nur über Teilnahme!

Wir übersetzen Demokratie mit Volksherrschaft. Artikel 20 Abs. 2 des Grundgesetzes lautet: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

Das ist bekanntermaßen schon lange nur noch Theorie. Praktiziert von CDU/SPD/GRÜNEN/FDP wird nach der Methode „Was geht mich mein Geschwätz von vor der Wahl an“ und „Es ist unfair, wenn man nach der Wahl an seine Aussagen von vor der Wahl erinnert wird“. Unsere Aussage als LINKE lautet aber „100% sozial auch nach der Wahl! Auf uns ist Verlass!“ Also - damit dieser kleine Teil der Demokratie, freie Wahlen (auch wenn sie durch Geld/Medien und Macht beeinflusst werden), nicht noch mehr leidet, müssen wir uns als LINKE mit allen Kräften für eine hohe Wahlbeteiligung einsetzen. Die Briefwahl ist dafür besonders geeignet. Wir haben in Treuen dazu nachfolgenden Flyer verteilt:

Diesmal Briefwahl machen - ganz einfach!

Sie haben am 22. September keine

Zeit oder wissen bereits, wen Sie wählen wollen? Das Aufsuchen des Wahllokales ist für Sie zu beschwerlich? Dann beantragen Sie Briefwahlunterlagen - ganz einfach und kostenlos.

Was ist Briefwahl? Der Stimmzettel kommt per Post zu Ihnen nach Hause, Sie füllen ihn aus und schicken ihn an das Wahlamt zurück.

Wie kann ich die Briefwahl beantragen? Die Rückseite der Wahlbenachrichtigungskarte ausfüllen und zurückschicken. Es muss kein Grund angegeben werden! Mit einer schriftlichen Vollmacht und Ihrer Wahlbenachrichtigungskarte können auch von Ihnen beauftragte Vertreter Ihre Briefwahlunterlagen abholen.

Wann kann ich Briefwahl beantragen?



Der Antrag kann sofort gestellt werden. Man muss nicht zwingend die Zusendung der Wahlbenachrichtigungskarte abwarten. Die Stimmzettel werden allerdings erst etwa vier Wochen vor dem Wahltermin, also Ende August, verschickt. Wichtig ist, dass die Stimmzettel am Wahlsonntag, dem 22. September 2013, spätestens um 18 Uhr im Wahlamt sind! Deshalb sollte man Briefwahlunterlagen nicht unnötig liegen lassen, sondern sie sofort ausfüllen und abschicken.

Keine Formfehler machen! So wird's gemacht:

1.) Briefwahantrag, der auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung gedruckt ist, ausfüllen und an Wahlamt zurückschicken oder bringen!

2.) Nach Erhalt der Unterlagen diese aus dem Umschlag nehmen und auf dem Stimmzettel Kreuzchen machen.

3.) Stimmzettel falten und in beiliegenden blauen Wahlumschlag stecken und diesen zukleben!

4.) Den weißen Wahlschein unterschreiben, damit das Amt weiß, wer gewählt hat! Niemand kann erkennen, welche Partei angekreuzt wurde.

5.) Den weißen Wahlschein zusammen mit dem blauen verschlossenen Umschlag (mit dem ausgefüllten Stimmzettel) in den rosafarbenen Umschlag stecken.

6.) Den geschlossenen rosa Umschlag - (auch ohne Briefmarke!) in den Briefkasten oder den Hausbriefkasten in der Rathaustrür rechtzeitig einwerfen!

## Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter rufen auf: Wählt **DIE LINKE.**

Hüseyin Kenan Aydin, Gewerkschaftssekretär; Annette Becker, Betriebsratsvorsitzende; Elke Behmer, Stellv. Betriebsratsvorsitzende; Andreas Bernig, Stellv. Landesvorsitzender; Detlev Beyer-Peters, Konzernbetriebsratsvorsitzender; Achim Bigus, Vertrauenskörperleiter; Andreas Blechner, Betriebsratsvorsitzender; Nils Böhlke, Wissenschaftler; Helmut Born, Betriebsratsvorsitzender; Giesela Brandes-Steggewentz, Gewerkschaftssekretärin; Hasan Cakir, Betriebsratsvorsitzender; Anna Conrads, Gewerkschaftssekretärin; Zeynep Dere, Stellvertretende Personalratsvorsitzende; Werner Dreibus, Gewerkschaftssekretär i.R.; Jochen Dürr, Stellv. Vorsitzender Mitarbeitervertretung; Michael Erhardt, Gewerkschaftssekretär; Axel Gerntke, Gewerkschaftssekretär; Murat Günes, Betriebsratsvorsitzender; Cuno Hägele, Gewerkschaftssekretär; Roland Hamm, Gewerkschaftssekretär; Adrian Hermes, Stellv. Vorsitzender europäische Gewerkschaftsjugend; Hans-Jürgen Hinzer, Gewerkschaftssekretär; Günther Hoetzl, Gewerkschaftssekretär; Heinz Hoffmann, Gewerkschaftssekretär i.R.; Andreas Höppner, Betriebsratsvorsitzender; Andreas Huhn, Vertrauenskörperleiter i.R.; Meike Jäger, Gewerkschaftssekretärin; Karoline Kleinschmidt, Gewerkschaftssekretärin; Michael Kopp, Gewerkschaftssekretär; Marion Koslowski-Kuzu, Gewerkschaftssekretärin. Den kompletten Text des Aufrufs und weitere Unterzeichner finden Sie im Internet auf [www.gewerkschafterinnen-waehlen-links.de](http://www.gewerkschafterinnen-waehlen-links.de)

Peter Jattke - Treuen

## SENIORENKONFERENZ IN DRESDEN IM JUNI 2013

Schön, dass Vogtlandbote und Linker Blick eine recht gute Informationsquelle sind. Ich möchte als Teilnehmer an der Seniorenkonferenz einige Ergänzungen zu den informativen Ausführungen der Genossin Christine Winkler, Hohenstein-Ernstthal, im Linken Blick machen.

Rico Gebhardt hat in seinen Ausführungen zur Altersarmut festgestellt, dass Rentenangleichung Ost/West, höheres Rentenniveau und Mindestlöhne Voraussetzungen für eine gerechte Rente im Alter sind, um eben diese Altersarmut zu vermeiden.

Ja, der Altersarmut vorzubeugen bedeutet, einen gesicherten Arbeitsplatz anzubieten (27 Millionen Menschen arbeiten im Zweitjob); einen Arbeitslohn zu zahlen, von dem man leben kann und damit später eine Rente bezieht, die ein alterswürdiges Leben sichert. Unklar bleibt mir die Aussage von Rico Gebhardt, mit der er feststellt „... bei der Rentenpolitik müssen wir einen Neustart einleiten.“ Hatten wir da nur einen Fehlstart? Oder will Rico uns damit sagen, dass neue Wege, Methoden und Strategien her müssen, um die noch ungerechte Rentenpolitik zu ändern? Dann nicht lange zögern und endlich handeln!

Die LINKE ist die einzige Partei, die ständig im Bundestag Anträge zur Rentengerechtigkeit einbringt. Dazu gab es beispielsweise am 28. Mai 2009 17 Anträgen unserer Partei. Die acht sächsischen Bundestagsabgeordneten unserer Fraktion stimmten mit JA. Die 22 sächsischen MdB von CDU, SPD, B90/Grüne und FDP stimmten zu allen 17 Anträgen mit NEIN oder enthielten sich der Stimme.

Jetzt ist Wahlkampf zum Bundestag 2013. Plötzlich sind die Neinsager-Parteien bemüht, dem Bürger (Wähler) klar zu machen, dass sie die Parteien seien, die alles unternehmen, um der Altersarmut durch Mindestlohn, Arbeitsplatz-Angebote und dergleichen mehr zu begegnen. Es werden Wahlversprechungen gemacht, dass sich die Balken biegen. Wir wissen um die Versprechungen der CDU-Kanzlerin, die Rentenproblematik zu klären. Das Ergebnis: Null. Also eine Wahllüge! Wir

kennen auch die Aussage des Herrn Tillich, Ministerpräsident von Sachsen: „Die Rentenangleichung Ost/West ist erst in 50 ... 60 möglich“. Welche Unkenntnis und Ignoranz verbirgt sich hinter dieser Aussage. Die Parteien, die diese widersprüchlichen Wahlausagen treffen, hoffen, dass der Wähler vergesslich ist.

MdL Dr. Dietmar Pellmann hat über viele Jahre zu Ursachen und Wirkungen der Altersarmut Analysen erarbeitet und Lösungsvorschläge aufzeigte sowie in Vorlagen verfasst, die im Landtag eingebracht wurden. Sie alle wurden ständig abgelehnt. Genossin Winkler hat hierzu aktuelle Zahlen und Fakten des Genossen Pellmann dargelegt.

Sein unermüdliches Wirken, um endlich eine neue Alterskultur im Freistaat Sachsen zu erreichen, zeigt sich in den Bemühungen, ein Seniorenmitwirkungsgesetz, ein Pflegegesetz (Gesundheitsvorsorge und Pflege im Alter) und einen Landesbeauftragten für Seniorenangelegenheiten zu wählen. Erfolge dazu bisher: Zum Seniorenmitwirkungsgesetz wurden uns von Berliner Genossen Erfahrungen, Wege und Strategien dargelegt.

Ich habe das Gefühl, die Landesführung unserer Partei ist nicht ernsthaft an der Durchsetzung von Gesetzgebungsverfahren zugunsten der Senioren interessiert! Unsere Vorlagen zur Gesetzeserhebung für das Seniorenmitwirkungsgesetz werden ständig abgelehnt. Das war's dann wohl... Jedoch bei der Mitwirkung zum Thema „Schuldenbremse“ wurden Aktivitäten von führenden Genossen unserer Partei entwickelt, über die man nur staunen kann. Die Schlussfolgerung daraus ist: Bei der Durchsetzung zur Änderung der „Schuldenbremse“ in der sächsischen Verfassung - bei der vor allem die CDU und FDP ihre Interessen verwirklicht sieht - sind wir als Partei DIE LINKE sehr willkommen.

Jeder sollte beachten: Die Senioren sind eine der größten Bevölkerungsgruppen und eine nicht zu unterschätzende Wählermacht! Und alle jetzigen Senioren - sowie auch die zukünftigen - sollten erkennen, dass die genann-

ten Initiativen der Wertschätzung ihrer Interessen dient und auch ihr Wahlverhalten daran ausrichten. Dann werden auch einmal solche genannten Initiativen und Vorschläge in die Tat umgesetzt und wirksam. Ich wünsche mir das sehr.

Zur anschließenden Beratung der Konferenzteilnehmer wurden die Kandidaten für den Parteitag 2013/14 für zwei Jahre gewählt. Für uns wurde die Genossin Karin Höfer einstimmig als Delegierte für den Parteitag gewählt.

*Heinz Discher - AG Senioren Vogtland*

### DE META

Unner Meta wor widder emol spazieren bei dem scheenen Wetter, do kimmtr de Neideiteln, ihr Freindin aus Plaue. entgeg geloffen. Schee, des iech diech treff, denn iech muss dr glei mol wos darzehln. Denk dars ner wie de Politiker uns verarschen, des werd immer schlimmer. Kaum hot de CDU in ihrn Wahlprogamm e Mietobergrenz versprochn, do ham se im Bundestooch kaum aa Woch speter plötzlich dargeng gestimmt. So dreist gelang wie die Banausen itze, hot ja net emol dr Baron Münchhausen im Märchen!

Hast racht Meta, die wern immer schlimmer. Mir kenne froh sei, des mir noch inner Gemeindewohnung sei derfen und net wehrlos den Miethaien wie in de Großstädt ausgeliefert sei, wu de einfachn Leit ausziehe missen, weil se de Miete nimmer bezohln kenne.

Un mit unnerer Mütterrente, die de Merkeln versprochen hot, werd aa nischt wern, des sieht mr heit schaa, wie se dargeng diskutiern. Ze sotten großspurischen Redn hot mei Oma schaa frieher gesoocht: „Große Gusch un Leis aufn Nischl“. Iech glaab denn nischt mehr. Wer des Gesindl itze immer noch wählt is doch selber draa schuld, gelle?

*Dieter Riedler - Leubnitz*

## DOPING IN DEUTSCHLAND

auch im Westen nichts Neues

Die nun endlich - wenn auch leider wieder nur scheinbar und ohne konkrete Namensnennung - veröffentlichte Studie zu Anwendung von Doping im Leistungssport der Bundesrepublik erfordert Konsequenzen:

Erstens: Die bislang auch und vor allem durch die herrschende Politik vertretene Behauptung, dass systematisches, flächendeckendes Doping im deutschen Spitzensport allein in der DDR existiert habe und es in Westdeutschland lediglich einige bedauerliche Einzelfälle gegeben hätte, ist nicht länger haltbar. Diese Scheinheiligkeit der Sportverantwortlichen ist widerwärtig und immer noch gegenwärtig. Sogar der Deutsche Olympische Sportbund-Generaldirektor unterscheidet zwischen dem so genannten Staatsdoping in der DDR und dem Athletendoping in der Bundesrepublik. Welche Heuchelei!

Zweitens: Es ist im Zuge der gesamtdeutschen Geschichtsaufarbeitung notwendig, dass die Verantwortlichen aus Politik, Sport und Medizin persönlich benannt werden. Dies ist aus historischen Gründen wichtig, aber auch angesichts dessen, dass einige der fraglichen Personen womöglich heute noch hohe Funktionen in deutschen oder internationalen Sportgremien innehaben.

Drittens: Es ist allerhöchste Zeit, dass im Bundestag endlich ein wirkungsvolles Anti-Doping-Gesetz auf den Weg gebracht und verabschiedet wird. Wer doppt, gefährdet nicht nur seine eigene Gesundheit, sondern betrügt auch seine sportlichen Konkurrenten und erlangt mit unlauteren Mitteln Siegpriämien sowie Sponsorengelder. Auch Trainer und Ärzte, die dazu Beihilfe leisten, müssen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können - insbesondere, wenn in einem Abhängigkeitsverhältnis stehende minderjährige Sportlerinnen und Sportler zur Einnahme verbotener Mittel angestiftet oder gar gedrängt werden.

Es wird Zeit, dass die bisher im Glashaus sitzenden Saubermänner aus Politik und Sport der BRD, die über 20 Jahre Steine auf das Dopingsystem der DDR geworfen haben selbst zur Rechenschaft gezogen werden. Sie waren keinen Deut besser!

*MdL Andrea Roth - Tannenbergesthal*

## WIE WICHTIG SACHKENNTNISSE SIND - FORTSETZUNG EINES BRIEFWECHSELS

Zur Erinnerung: Das Jobcenter rechnet Hartz IV-Empfängern Mietbetriebskostenrückerstattungen in voller Höhe auf das Arbeitslosengeld an, auch wenn der Hartz IV-Empfänger einen Teil der Miete aus seiner Regelleistung oder dem Freibetrag eines Einkommens gezahlt hat. Dagegen hatte ich in zwei Briefen an das Landratsamt argumentiert (siehe Nummer 08/2013 des Vogtlandboten).

Auch in einem zweiten Schreiben lehnte die zuständige Beigeordnete des Landrates meine Forderung mit dem Hinweis ab: „Alle Argumente zu diesem Thema wurden umfassend dargelegt und begründet.“

Auf meine Kritik am falschen Zitat aus dem Gesetz (SGB II) - „Kosten der Unterkunft“ statt „Bedarfe der Unterkunft“ - nahm sie keinen Bezug, obwohl ich den gravierenden Unterschied für eine Betriebskostenrückzahlung erläutert hatte. Genauso wenig reagierte sie auf meinen Nachweis, dass sie den Inhalt der Gesetzesbegründung des entsprechenden Paragraphen aus dem Sozialgesetzbuch XII falsch wiedergegeben hat: Es geht eben gerade nicht nur um Stromkosten, die aus den Betriebskostenrückerstattungen heraus zu rechnen sind, sondern auch „um vergleichbare Sachverhalte“.

Immerhin gab sie zu, dass der Autor des „Praxiskommentars zum Sozialgesetzbuch“ (einer wichtigen Arbeitsgrundlage für Fachanwälte und Richter) schreibt, dass die volle Anrechnung der Betriebskostenrückzahlung im angegebenen Fall Sinn und Zweck der Regelung widerspricht. Aber die Beigeordnete ergänzte: „Um diese Auffassung richtig werten zu können, muss man die Prinzipien des rechtswissenschaftlichen Arbeitens berücksichtigen“, und erläuterte, dass Gesetze abstrakte Festlegungen sind, die unterschiedlich ausgelegt werden können und dass diese Auslegungen „zu verschiedenen Antworten führen“ können, ohne „dass die eine oder andere Schlussfolgerung als tatsächlich ‚falsch‘ nachgewiesen werden kann“, und dass dies der „Rechtsfortbildung“ diene. Eine Begründung, warum sie und die Juristin des Landratsamtes, die die Beigeordnete berät, nicht der Argu-

mentation des Rechtsprofessors aus dem Praxiskommentar folgt, wird nicht geliefert.

Meine Antwort an das Landratsamt:

Ich wollte den Standpunkt des Landratsamtes erfahren.

Die Anwendung des Urteils des Bundessozialgerichts, auf das sich die Vertreter des Landratsamtes berufen (und nach dem die Jobcenter zu handeln haben), halte ich für problematisch, weil das Urteil auf einem veralteten Gesetzestext beruht: Jetzt heißt es nicht mehr „Rückzahlungen und Guthaben, die den Kosten der Unterkunft zuzuordnen sind, mindern die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach dem Monat der Rückzahlung“, sondern „Rückzahlungen und Guthaben, die dem Bedarf der Unterkunft und Heizung zuzuordnen sind...“

Was lehrt uns diese Auseinandersetzung?

Argumente des Jobcenters bzw. des Landratsamtes zu Hartz IV sind kritisch zu hinterfragen. Betroffene sollten sich fachkundige Hilfe holen.

Wir dürfen uns weder von Jobcentermitarbeitern noch von Vertretern des Landratsamtes einschüchtern lassen, auch nicht, wenn eine Juristin die Antwort ausgearbeitet hat.

Betroffene sollten alle Mittel, die der Staat für die Durchsetzung ihres Rechts bietet, nutzen,

also: Widerspruch einlegen und Klage erheben!

*Dr. Dorothea Wolff - Auerbach*

## WIEDER SCHULSCHLIEßUNGEN IN DER „BILDUNGSREPUBLIK“

Nun sind wieder zwei Schulen im Vogtland zum Opfer gefallen durch die schwarz-gelbe „Sparpolitik“ der Landesregierung. Wie viel Tausende Schulen sind in der so genannten Bildungsrepublik schon geschlossen worden nach der Wende? Keiner hat sie gezählt. Wie viel leer stehende Immobilien wurden geschaffen, die zur „Abwicklung“ wie im Fall Mühltruff und Bobenneukirchen mit etwa 500jähriger Geschichte Riesenkosten verursachen werden? Wer wird je darüber öffentlich sprechen? Irgendwann werden irgendwo konkrete Zahlen auftauchen - aber nicht für die Öffentlichkeit. Jetzt ist es Geheimsache! In zehn Jahren werden es die Mühltruffer vielleicht wissen.

Rentner, die noch in der DDR in die Schule gingen, haben nicht vergessen, dass es in den 70er Jahren durch den sogenannten Pillenknicke in Leubnitz auch einmal eine Schulklasse mit nur fünf Schülern gab. Ein Plauener erzählte, in Ellefeld waren es einmal nur elf Schüler in der Klasse, und in Tannenbergesthal gab es auch einmal acht Schüler in einer Klasse. Und daran war

die DDR nicht zugrunde gegangen!

Nach der Wiedervereinigung fanden viele gut ausgebildete Fachkräfte aus der DDR im Westen, Österreich und in der Schweiz schnell Arbeit. Nicht ausbildungsfähige Jugendliche gab es nicht in dem Ausmaß wie heute. Hilfesuchend finden die Politiker nun Wege, damit ausländischen Fachkräften der Zugang erleichtert wird.

Lehrer haben ihren Blick nicht nur aufs Vogtland und Deutschland fixiert und wissen, dass es in den skandinavischen Ländern auch Schulen mit Klassenstärken von nur 12 bis 14 Schülern gibt. In den Privatschulen Deutschlands wird auch nicht eine so große Klassenstärke gefordert. Sich einmal darüber kundiger zu machen wäre ratsam und würde zeigen, was dem „einfachen Volk“ zugemutet wird. Schüler wissen sehr wohl, dass sich ihre schulischen Leistungen verbessern, wenn nicht so viele Schüler in der Klasse sind. Auch im Fernsehen wurde von Klassenstärken von nur fünf oder 13 Schülern in Tirol sowie im Allgäu berichtet. In Österreich und in der

Schweiz spricht man nicht von ihrer „Bildungsrepublik“. Offensichtlich werden den Schülern aber nicht in dem Maße so weite Fahrtwege zugemutet.

Die Schließung der traditionsreichen Schulen ist zweifellos keine Motivation, um bei den Bundestagswahlen die gegenwärtig regierenden Parteien wieder zu wählen. Diese Brückierung nicht nur der Schüler und Lehrer sowie der gesamten Bevölkerung ist kein guter Beitrag beim Wahlkampf. Kritiklose Befehlsempfänger und Jasager zur Schulpolitik, die im fernen Dresden und Berlin fabriziert wird, sind zwar bequem, aber höchst unproduktiv.

Es bleibt die Frage, ob alle Gemeinderäte der Auflösung zugestimmt haben. Für Familien mit Kindern verlieren nun die beiden Orte im Vogtland an Attraktivität wegen der längeren Schulwege. Eine rot-grüne Koalition will durch höhere Steuern für Reiche mehr Geld für Bildung ausgeben. Übrigens wurden nach der Wende auch hundert Musikschulen geschlossen - und das in der Bildungsrepublik!

*Gerd Stoppa - Plauen*

## HOCHSCHULSTANDORT REICHENBACH MUSS BLEIBEN!

Wenn es nach dem Willen des Dresdener Ministeriums für Wissenschaft und Kunst geht, soll der einzige kleine Leuchtturm in der Bildungslandschaft des Vogtlandes verschwinden. Nach Gutsherrenart will die adlige Ministerin Freifrau von Schorlemmer sein wegweisendes Licht für junge Menschen aus ganz Deutschland mit Interesse am Textil- oder Architekturstudium in Reichenbach für immer ausblasen.

Die mittlerweile auf 3.102 Mitglieder (Stand 09. 08. 2013) angewachsene Bürgerinitiative Bitex zeigt, dass wir Vogtländer uns nicht alles gefallen lassen. Auch die neugestaltete Internetseite der Bürgerinitiative zum Erhalt der Hochschule BiTex ist ein kleines, aber deutliches Zeichen, dass der Kampf um den Erhalt des Hochschulstandortes weitergeht und noch lange nicht verloren ist. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch in Dresden begriffen werden muss, dass das Negieren des Bürgerwillens nicht länger durchzuhal-

ten ist. Sind doch nächstes Jahr Landtagswahlen, und vor nichts zittern unsere „Volksvertreter“ in der Regierungskoalition mehr, als vor einer Abwahl, sprich Verlust ihres guten und gesicherten Einkommens.

Also wird es in den kommenden Monaten darauf ankommen, öffentlichkeitswirksam weiteren Druck aufzubauen und die Regierenden dadurch zum Umdenken zu zwingen, um die Schließungsentscheidung zurück zu nehmen. Deshalb ist es wichtig, dass sich weitere Unterstützer auf der Internetseite der BiTex - Reichenbach unter der Rubrik „Mitmachen“ eintragen. Je mehr Bürger sich mit Ihrer Unterschrift für den Erhalt der Hochschule aussprechen und damit ihre Solidarität bekunden, umso größer sind die Erfolgsaussichten, dass Dresden zum Umdenken gezwungen wird. Hier appelliere ich auch an unsere Leserschaft des „Vogtlandboten“ und des Zwickauer

„Linken Blick“, sich einzureihen. Es könnten ja auch eure Kinder oder Enkel studieren wollen, ohne erst weit von der Heimat wegziehen zu müssen!

Jetzt hat sich sogar das Haus Wettin durch Ihre Königliche Hoheit Elmira Prinzessin von Sachsen mit ihrer Mitgliedschaft in der BI Bitex (Mitgliedsnummer 3077) für den Erhalt der TEX ausgesprochen. Wollen wir Vogtländer zusammenhalten und weiter kämpfen, damit wir auch in zehn Jahren das 175jährige Bestehen der Reichenbacher Bildungseinrichtung feiern können.

*Dieter Riedler - Leubnitz*



## EHRlich WÄHRT AM WENG´STEN

„Stadt muss entlassene Amtsleiterin weiter bezahlen“, schreibt die Regionalzeitung. Hatte sich doch die gekündigte Leiterin des Chemnitzer Grünflächenamtes vor Gericht gegen die Stadt durchgesetzt. Obgleich bereits im März nach etlichen Abmahnungen verhaltensbedingt gekündigt, wegen wiederholten Beschwerden der Mitarbeiter. Und wegen ihres absolutistischen diktatorischen Stil auf einer großen Personalversammlung solcherart nachweislich belastet, war sie „freigestellt“ worden.

Immerhin erreichte sie so eine Art „Freispruch zweiter Klasse“ - den Vergleich. „Hätte das Amt doch vorher schon handeln müssen“. Ihr wohl ziemlich egal. Behält sie doch nunmehr die vollen stattlichen Bezüge bis Ende 2015 für die quasi „beamtlich garantierte Hängematte“, dazu die bescheidene Abfindung von 50.000 EUR.

Erinnert mich doch irgendwie an die „unendliche Geschichte“ jener Kerstin Nicolaus, Bürgermeisterin im Zwickauer Land, die mit Flutgeldern seinerzeit den Privatweg zu ihrem Anwesen fürstlich ausbauen ließ - rechtlich allerdings angesichts ihrer öffentlichen Stellung, zumal auch parteipolitisch geschuldet - doch recht „unbeschadet“ davon kam. Und so reihen sie sich solcherart noch bescheiden ein in den Reigen größerer Vorbilder: Wie unsere zurückgetretenen oder getreten wordenen Bundespräsidenten mit weiterhin sechsstelligen Jahresbezügen (ca. 200.000 EUR) samt Büro, Sekretärin, Luxuskarosse samt Fahrer. Oder dem wegen wirtschaftlichen Versagens gefeuerten Chefs des Siemens-Konzerns, dem sein unrühmlicher Abgang gar mit - seinen Ansprüchen entsprechend - bescheidenen 9 Millionen versüßt wurde.

Politiker von Bund und Land - bis hin zu ehemaligen Ministerpräsidenten - führte der Weg nach ihrer Abwahl auf den in Amtszeiten bereits vorbereiteten Weg direkt zu Posten in die zuvor protegierten Wirtschaftsunternehmen - es sei denn, der „Alters- und Ruhevorsorge“ - den gleichermaßen attraktiven „Fleischtrögen“ da im Europaparlament. Blieben dann ja auch noch die wegen angeblicher Erfolglo-

sigkeit „geschassten“ Bundesliga-Trainer mit bleibenden Bezügen - beim Nachfolgeverein dann plötzlich wieder erfolgreich.

Andererseits: Hatte man seinerzeit nicht einer langjährig beschäftigten Kassiererin in einem Supermarkt gekündigt, weil sie angeblich und nie nachgewiesen einen Pfandbon von 1,30 EUR unterschlagen haben sollte? Einer Backwarenverkäuferin, weil sie ein nicht mehr zum Verkauf vorgesehenes Brötchen verzehrt hatte? Dem Müllfahrer, der ein altes Kinderbett vor dem Zerschreddern vom Sperrmüll nahm - zumindest noch „brauchbar“ - besser als nichts... Der Beispiele gäbe es viele.

Und die Moral von der Geschicht? Das alte deutsche Sprichwort: „Die kleinen Diebe (auch wenn sie keine sind) hängt man“

Die großen solchen indes erklären uns den demokratischen Rechtsstaat und haben sich darin - wie das Beispiel zeigt - recht profitabel eingerichtet, oder?

*Jürgen Böhm - Schöneck*

## WAHRHEIT LIEBT EINFALT!

Ich besuchte den 14. Thüringentag in Sondershausen und beim Verlassen des Parkplatzes wurde mir ein Flyer in die Hand gedrückt. Beim genauen Blick las ich dann die Losungen von der Partei „Alternative für Deutschland“. Diese ist bekannt mit ihrer Forderung: Wir wollen unsere DM zurück! Ich sagte dem Herr, dass ich sieben Euro Parkgebühr bezahlt habe und das ist meiner Meinung nach sehr viel, für ein Niedriglohmland - Thüringen. Deshalb wollte ich von Ihm wissen, wie viel ich dann bezahle, wenn wir wieder die DM haben, wie es seine Partei fordert.

Er konnte meine Frage nicht beantworten, er war ja nur von der Drückerkolonnie, welche die Flyer im Auftrag der Partei an die Besucher verteilt hatte. Deshalb habe ich am Infostand

der thüringischen Parteien die anwesende Politiker, darunter auch unsere Ministerpräsidentin, Frau Lieberknecht, gefragt. Wenn wir die DM wieder haben, welche Folgen wird das für Thüringen haben? Die einheitliche Antwort war: dann bricht unser Export zusammen! Die DM ist zu stark und die anderen Länder können unsere Ware nicht mehr bezahlen. Es wird sich ein wirtschaftlicher Niedergang, wie in der DDR nach der Einführung der DM wiederholen. Die Beschäftigten bekommen am Anfang ihren Lohn in DM und können billig Auslandsurlaub machen, aber ihre Arbeitsplätze gehen verloren und somit werden sie später arbeitslos.

Keiner der Politiker konnte mir die Frage beantworten, warum unsere Massenmedien und unsere Bundeskanzlerin Frau Merkel predigen: Die Südeuropäer haben viel Urlaub, gehen früh in Rente und sind nicht gerade fleißig. Aber stimmen die Vorurteile überhaupt?

Laut Eurostat, dem Statistik Institut, arbeiten die Menschen in Griechenland 44,3 Stunden, in Deutschland sind es 41 Stunden. Der durchschnittliche Stundenlohn in Deutschland ist 29 Euro, in Griechenland nur 17,7 Euro. Ein Viertel aller Lohnabhängigen in Griechenland erhält weniger als 750 Euro im Monat. In Griechenland gibt 23 Tage Jahresurlaub. In Deutschland dagegen 30 Urlaubstage. Laut OECD müssen zwei Drittel der griechischen Rentner mit weniger als 600 Euro im Monat auskommen, in Deutschland ist das ein Drittel.

Was soll das? Die Aufgabe der Bundesregierung ist es doch, für Frieden zwischen den Völkern zu sorgen, nicht für noch mehr Hass. Die Völker in der EU müssen sich zusammenraufen gegen die Banken und gegen das wertlose und auf Schulden und Zinsen basierende Finanzsystem, denn das ist die Ursache für die Finanz und Wirtschaftskrise.

*Stanislav Sedlacik - Weimar*

## WIR VERABSCHIEDEN UNS VON EINEM GROßEN FREUND DER KLEINEN ZEITUNGEN.



### EINLADUNG

Wir laden herzlich zum  
5. Treffen der Generationen  
am 26. September 2013, 15  
Uhr

in den Klub der Volkssolidarität in  
Plauen, Karlstraße 14, ein.

Zwanglos wollen wir über gemeinsame  
Anliegen, Probleme und auch  
Lösungsmöglichkeiten debattieren,  
die sowohl unsere jungen, als auch  
die älteren Menschen betreffen.

Als Gast wird anwesend sein: Herr  
Dieter Riedler aus Leubnitz. Er wird  
mit aktuellen gesellschaftspolitischen  
Bemerkungen aufwarten.

Die Gastronomie ist gewährleistet.  
Ausgegebene Gutscheine können  
eingelöst werden.

Heinz Discher / Dieter Kundler - AG  
Senioren

### SCHUH DES MONATS



© Enrique\_Garnicero / flickr.com / cc-by-nc

## STRAFBEFEHL GEGEN MDL DER LINKEN

Der Verfolgungseifer der Staatsanwaltschaft Dresden gegen Anti-Nazi-Demonstranten ist ungebrochen. Nachdem der Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Falk Neubert, am 19. Februar 2011 friedlich gegen den Naziaufmarsch in Dresden demonstriert hatte, leitete sie ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen angeblicher „Störung von Versammlungen und Aufzügen“ ein. Nun hat die Dresdner Staatsanwaltschaft den Erlass eines Strafbefehls beim Amtsgericht beantragt, der auch prompt verhängt wurde. Ein Strafbefehl hat dieselben rechtlichen Wirkungen wie eine Verurteilung und ergeht ohne mündliche Verhandlung.

Der von Falk Neubert in der Sache beauftragte Rechtsanwalt André Schollbach wird Einspruch gegen den Strafbefehl einlegen. Damit wir es vor dem Amtsgericht Dresden zur Hauptverhandlung kommen.

MdL Falk Neubert wird den Strafbefehl gegen ihn nicht annehmen und erklärt: „Würde ich dies tun, wäre ich verurteilt und zum Straftäter gestempelt. ... ich bin überzeugt, dass mein Handeln am 19. Februar 2011 vom Grundgesetz gedeckt und nicht strafbar war. Ich bin entschlossen, vor Gericht gegen die Kriminalisierung friedlicher Anti-Nazi-Proteste zu kämpfen, auch stellvertretend für die vielen anderen Menschen, die gewaltfrei gegen Nazis demonstriert haben ...“

Elke Fahr - Dresden

## SOMMERFEST DER LINKEN IN FALKENSTEIN

Mit Katja Kipping  
7. Sept. - 11 Uhr  
Auf dem Gelände des  
ehemaligen Freibades  
in Falkenstein.

## WIR GRATULIEREN

Im August feierten ihren runden Geburtstag:

H.J. Döhn	Auerbach	30.08.
J. Frickel	Auerbach	10.08.
H. Gabler	Greiz	03.08.
M. Jenisch	Reichenb.	02.08.
D. Köhler	Klingenthal	21.08.
W. Murrmann	Mühlthoff	30.08.
R. Musch	Plauen	19.08.
H. Möckel	Rebesgrün	03.08.
M. Möckel	Plauen	02.08.
B. Müller	Reumten.	22.08.
U. Rank	Plauen	13.08.
A. Reuter	Klingenthal	27.08.
E. Richter	Elsterberg	01.08.
I. Schmidt	Plauen	16.08.
S. Stiegmüller	Auerbach	07.08.

## Im September haben eine runden Geburtstag:

M. Beger	Reichenb.	24.09.
W. Burkhardt	Plauen	28.09.
I. Fuchs	Auerbach	25.09.
E. Gruber	Auerbach	27.09.
P. Heine	Klingenthal	19.09.
W. Hüttner	Falkenstein	16.09.
E. Keil	Oelsnitz	13.09.
E. Lohse	Plauen	13.09.
I. Mothes	Falkenstein	14.09.
I. Möckel	Reichenb.	07.09.
J. Möckel	Reichenbach	25.09.
E. Neisch	Plauen	20.09.
M. Ottiger	Plauen	09.09.
E. Rott	Rützingrün	29.09.
E. Scherzer	Oelsnitz	13.09.
A. Seifert	Pausa	05.09.
H. Stölzel	Reichenbach	22.09.
I. Thurm	Bad Elster	04.09.
A. Tremel	Oelsnitz	15.09.

## Der Vogtlandbote

### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Sparkasse Vogtland, BLZ 87058000, Konto-Nr. 3552002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17.08.2013, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 20.09.2013. Die nächste Ausgabe erscheint am 07.10.2013.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder Eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.